HESSISCHER LANDTAG

Beschlussprotokoll

NEU

11. Sitzung – Rechtspolitischer Ausschuss

24. Juni 2025 – 21:21 bis 22:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD)

CDU

Peter Franz
Jennifer Gießler
Hartmut Honka
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Uwe Serke
Lucas Schmitz

AfD

Markus Fuchs
Gerhard Schenk (Bebra)

SPD

Tanja Hartdegen
Rüdiger Holschuh
Cirsten Kunz-Strueder

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kaya Kinkel
Lara Klaes
Torsten Leveringhaus

Freie Demokraten

Marion Schardt-Sauer

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU:	Sebastian Daher
AfD:	Christian Kott, Gerhard Brand
SPD:	Anja Kornau
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	Dr. Frederik Rachor

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name – Bitte in Druckbuchstaben –	Amts-/Dienst-bezeichnung	Ministerium, Behörde
Christian HEINZ	M	HMdJ
Tanja Eichner	StS'in	"
Sebastian Boehmer	RD	HMdJ
Johannes Stoch	MR	HMdJ
Rainer Franosch	LMR	HMdJ
Johann Kim	RiLG	HMdJ
Hohmann, Michael	Mdgt.	MdF
Christine Ran	MR	HMdJ
Christian Wilhelm	MR	StK
Saskia Jung	MR'in	StK
Patrizia Rebel	RORin	StK
Torsten Spieker	LMR	HMdJ
Annell Zubrod	Mdgt'in	HMdJ
Martin Burkert	RR	HMLU
Melanie Kirsch	RRin	HMLU
Dr. Sebastian Huber	MR	HMLU

Protokollführung: Silvia Hoffmann

1. Gesetzentwurf
Landesregierung
Gesetz zur Änderung des Hessischen Schiedsamtsgesetzes
– Drucks. 21/2373 –

Beschluss:
RTA 21/11 – 24.06.2025

Der Rechtspolitische Ausschuss vertagt die Aussprache über den Gesetzentwurf auf die nächste Ausschusssitzung.

Die Landesregierung stellt dem Rechtspolitischen Ausschuss die Unterlagen der Regierungsanhörung zur Verfügung.

Zuvor kam der Rechtspolitische Ausschuss überein, den Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

(einvernehmlich)

2. Gesetzentwurf
Landesregierung
Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften sowie zur Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rechnungshof
– Drucks. 21/2382 –

Beschluss:
RTA 21/11 – 24.06.2025

Der Rechtspolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(CDU, SPD gegen AfD, Freie Demokraten, Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Berichterstattung: J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Beschlussempfehlung: Drucks. 21/2418

Die Landesregierung stellt dem Rechtspolitischen Ausschuss die Unterlagen der Regierungsanhörung zu den Artikeln 1 bis 10 des Gesetzentwurfs zur Verfügung.

Der Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokraten, eine mündliche und schriftliche Anhörung zu Artikel 11 des Gesetzentwurfs durchzuführen, wurde abgelehnt.

(CDU, SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)

Sodann wurde der Antrag der Fraktion der CDU, die Beschlussempfehlung bereits in der heutigen Sitzung des Rechtspolitischen Ausschusses zu fassen, angenommen.

(CDU, SPD gegen AfD, Freie Demokraten, Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Beginn der Sitzung kam der Rechtspolitische Ausschuss überein, den Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

(einvernehmlich)

3. Dringlicher Gesetzentwurf
Fraktion der Freien Demokraten
Gesetz zur Einführung einer Karenzzeit für das Amt des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs
– Drucks. 21/2401 –

Beschluss:
RTA 21/11 – 24.06.2025

Der Rechtspolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Gesetzwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

(CDU, SPD, AfD gegen Freie Demokraten, Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Berichterstattung: J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Beschlussempfehlung: Drucks. 21/2419

Zuvor wurde der Antrag der Fraktion der Freien Demokraten, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, abgelehnt.

(CDU, SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)

Sodann wurde der Antrag der Fraktion der CDU, die Beschlussempfehlung bereits in der heutigen Sitzung des Rechtspolitischen Ausschusses zu fassen, angenommen.

(CDU, SPD gegen AfD, Freie Demokraten, Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Beginn der Sitzung kam der Rechtspolitische Ausschuss überein, den Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

(einvernehmlich)

4. Dringlicher Berichtsantrag
Fraktion der Freien Demokraten
Die Insolvenz der Deutsche Rücklagen GmbH (DR) und ihre Folgen
– Drucks. 21/2266 –

Beschluss:
RTA 21/11 – 24.06.2025

Der Dringliche Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts der Landesregierung im Rechtspolitischen Ausschuss als erledigt.

Zuvor kam der Rechtspolitische Ausschuss überein, den Dringlichen Berichtsantrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

Wiesbaden, 8. Juli 2025

Protokollführung: Vorsitz:

Silvia Hoffmann Patrick Schenk (Frankfurt)